

AKTUELL



BILDQUELLE: PIXNIO

EU-PROGRAMM

Gesunde Ernährung fördern

Tessie Jakobs

Zu Schuljahresbeginn startet ein neues EU-Schulprogramm zur Förderung gesunden Essverhaltens. Auch Luxemburg wird finanziell unterstützt.

Kindern die Vorteile einer gesunden Ernährung vermitteln - das ist das Kernziel eines am 1. August in Kraft getretenen Programms der Europäischen Union. In seinem Rahmen können EU-Länder, die in ihren Schulen Obst, Gemüse und Milch anbieten, finanzielle Unterstützung beantragen. Begleitet wird dies durch ein umfassendes Bildungsprogramm, das SchülerInnen über die europäische Landwirtschaft aufklären und zum Verzehr von Obst, Gemüse und Milch anregen soll. Das Programm kann in der ganzen EU ab dem ersten Tag des Schuljahres 2017/18 umgesetzt werden.

Zu erfüllende Vorgaben

Mitgliedstaaten, die dieses - durch die gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP) unterstützte - Programm in Anspruch nehmen wollen, müssen sich an eine Reihe von Vorgaben halten. So sollen Obst und Gemüse möglichst frisch sein, verarbeitete Produkte wie Joghurt, Käse, Säfte und Suppen sind jedoch auch zugelassen. Für sie gilt allerdings, dass sie keine künstlichen Süßstoffe oder Geschmacksverstärker enthalten dürfen. Die Menge des enthaltenen Salzes, Fetts und Zuckers muss im Rahmen dessen liegen, was von den jeweiligen nationalen Gesundheits- bzw. Ernährungsbehörden zugelassen ist. Ferner ist auf die Saisonalität des Angebots zu achten sowie

darauf, dass die Erzeugnisse aus der EU kommen.

Wie das Programm im Einzelnen umgesetzt wird und welche pädagogischen Angebote einbezogen werden, entscheiden die teilnehmenden Schulen selbst. Auch ob sie auf regionale, lokale oder Bioprodukte zurückgreifen wollen, ist ihnen überlassen. Wahlweise können zudem Schwerpunkte auf kurze Versorgungsketten und Qualitätsregelungen gelegt werden.

Programme, die den Verzehr von Obst und Gemüse fördern sollen, gab es zwar schon vorher, doch nun werden sie zusammengeführt. Dadurch sollen der Verwaltungs- und Organisationsaufwand verringert werden und die pädagogischen Maßnahmen größeres Gewicht erhalten.

Insgesamt stehen der EU 250 Millionen Euro für das Programm zur Verfügung. Davon werden rund 150 Millionen Euro für Obst und Gemüse und 100 Millionen Euro für Milch bereitgestellt. Die jeweils zugeteilten Beträge hängen unter anderem von der Zahl der Kinder ab, die vom Programm profitieren. Der EU-Beitrag kann durch zusätzliche einzelstaatliche Beihilfen ergänzt werden. Luxemburg erhält für das kommende Schuljahr insgesamt 343.568 Euro Mittelzuweisung für Schulobst und -gemüse und 193.000 Euro für Schulmilch.

Auch die 27 weiteren Mitgliedstaaten haben erklärt, dass sie im Schuljahr 2017/18 an der Initiative teilnehmen wollen. Nach Angaben der EU-Kommission kam im vergangenen Jahr das vorherige Milchprogramm rund 20 Millionen Kinder und das Obst- und Gemüseprogramm etwa 11,7 Millionen Kindern zu Gute.

SHORT NEWS

Gramegna s'étonne mais ne nie pas

(lc) - C'est une interview menée par nos confrères du Land avec Jean Guill, ancien haut fonctionnaire du ministère des Finances, parti à la CSSF depuis, qui est à l'origine d'une question parlementaire un peu piquante. Le député Déi Lénk David Wagner voulait savoir ce qu'il en était de l'affirmation de Guill que les projets de loi du ministère seraient concoctés par des boîtes d'audit ou des firmes d'avocats. Dans sa réponse - ou plutôt son esquive - Gramegna se dit étonné de ces propos, mais ne nie aucunement l'existence de telles pratiques. Il se contente de rappeler que chaque député est libre de « présenter des amendements ou des propositions de loi alternatives ». C'est donc pour cela que la Chambre des députés grouille tellement d'avocats d'affaires...

CJUE : une victoire à double tranchant

(da) - C'est, à première vue, une victoire pour le principe de solidarité entre États européens : la Cour de justice de l'Union européenne a rejeté, cette semaine, un recours de la Hongrie et de la Slovaquie qui ne voulaient pas appliquer le plan de répartition obligatoire des réfugiés à travers l'Europe. Mais tandis que le gouvernement slovaque a annoncé vouloir accepter, même à contrecœur, la décision de la plus haute juridiction européenne, le gouvernement hongrois d'Orbán a d'ores et déjà averti que son pays ne s'y plierait pas. Or, la justice européenne ne possède que peu de moyens pour faire valoir ses décisions au cas où un État membre ne les accepterait pas. Le gouvernement hongrois engage donc l'épreuve de force et l'Union européenne risque de perdre ce qui lui reste de crédibilité.

VCD-Auto-Umweltliste: Nie wieder Diesel!

(lm) - Kommt sie, kommt sie nicht? Angesichts des Abgasskandals hatte der alternative Verkehrsclub VCD vergangenen Sommer ganz darauf verzichtet, seine traditionelle Auto-Umweltliste zu veröffentlichen. Diesmal bietet er als Entscheidungshilfe eine Positivliste an (www.vcd.org). Auf der findet sich kein einziges Dieselmotiv, aber auch kein Benziner mit Direkteinspritzung, weil diese ohne Filter zu viele Feinpartikel ausstoßen. Ausgewählt wurden auch Hybride, Elektroautos und Erdgasautos, alle aufgrund realistischer statt gefälschter Verbrauchszahlen. Weil die Daten unvollständig sind - und die Aussagekraft der Liste daher begrenzt ist -, empfiehlt der VCD, mit dem Autokauf zu warten. In der nächsten Nummer untersuchen wir die Auswahl im Detail - in einem längeren Beitrag, der auf woxx.lu vorveröffentlicht wird.

Forum: Bunt statt Khaki

(lm) - Ein Camouflagemuster der Luxemburger Armee auf dem Cover der Septemhernummer von forum verrät das Dossierthema - und enthält ein Detail zum Schmunzeln. Ernst geht es dagegen zu, wenn in zwei Beiträgen die jüngsten Entwicklungen der europäischen und der nationalen Sicherheitspolitik analysiert werden. Dafür erklärt Francine Closener im Interview recht offenherzig, wie sich das Verteidigungsministerium mit den Nato-Forderungen arrangieren will. Neben Stellungnahmen der sechs größten Parteien enthält das Dossier auch Artikel zur Waffenindustrie, zur Militärgeschichte und zur Friedensbewegung in Luxemburg sowie zur Kriegsberichterstattung anderswo. Neben dem Dossier geht es in zwei Beiträgen um Bedrohungen für die Demokratie: weltweit durch den Vormarsch der Präsidialregime und in Luxemburg durch die Einführung des Ausnahmezustands. Und last but not least ein Artikel über den zweifelhaften Menschen-Handel, auf den sich die Regierung einließ, um die Luxemburger Kriegsgefangenen in der Sowjetunion freizubekommen - eine historische Enthüllung, die für Aufregung sorgen dürfte.